

# „China wird ein immer größerer Brocken“

**INTERVIEW** Warum die Verhandlungen über Investitionsschutz so schwierig sind

Europäische und insbesondere deutsche Unternehmen setzen auf ein baldiges Investitionsschutzabkommen mit China. Nicht zuletzt wegen des Handelskonflikts mit den USA hat auch Peking ein starkes Interesse an einer vertieften wirtschaftlichen Kooperation. Noch aber sind nicht alle Fragen gelöst. Wir sprachen darüber mit dem China-Experten Professor Dr. Eberhard Sandschneider.

**Herr Prof. Sandschneider, seit dem Jahr 2014 verhandeln die EU und China über ein Investitionsschutzabkommen. Bis Ende dieses Jahres wollen beide Seiten zum Abschluss kommen. Ist das realistisch?**

Da bin ich skeptisch. Man sagt ja ein guter Kompromiss ist dann erzielt, wenn beide Seiten vom Tisch aufstehen und enttäuscht sind. So weit sind die beiden Verhandlungsdelegationen noch nicht.

**Warum gestalten sich die Gespräche so schwierig?**

Die Materie ist komplex. Seit Jahren monieren europäische Unternehmen, dass sie keinen gleichberechtigten Zugang zum – allein schon wegen seiner Größe – hochattraktiven chinesischen Markt haben. Andererseits versucht China seine Unternehmen auf dem Binnenmarkt so lange zu schützen, bis sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Peking will verhindern, dass das Land von ausländischen Unternehmen überschwemmt wird.

**Wie wichtig ist China für Europas Wirtschaft?**

Das ist unterschiedlich, aber für deutsche Unternehmen ist China nach den USA der zweitwichtigste Markt der Welt. Insbesondere Deutschlands Automobilhersteller hängen von der Nachfrage in hohem Maße ab. Ihre internationale Spitzenstellung beruht auf dem Erfolg in China. Sollten sich die wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu den USA weiter verschlechtern, wird China noch wichtiger.

**Welche Bedeutung hat wiederum Europa für China?**



Containerhafen von Qingdao: Von hier aus gehen chinesische Waren in alle Welt. Die EU will bis Jahresende ein Abkommen mit China über Handelsfragen und Investitionsschutz erreichen.

Die EU ist der wichtigste Markt für chinesische Direktinvestitionen. Aus Sicht Pekings ist Deutschland das entscheidende Land. China will bis zum Jahr 2025 zur größten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen. Um das Ziel Weltmarktführerschaft zu erreichen, bedarf es modernster Technologie, die die EU und vor allem Deutschland bereitstellen kann.

**Verhandeln beiden Seiten daher auf Augenhöhe?**

Das Selbstverständnis Chinas schließt Verhandlungen auf Augenhöhe aus. Angesichts des erratischen Verhaltens des US-Präsidenten gibt es jedoch ein starkes gemeinsames Interesse, sich trotz der komplexen Sachverhalte zu einigen.

**Ist Peking Forderungen europäischer Unternehmen schon nachgekommen?**

China bewegt sich sehr langsam und nur dann, wenn die Regierung die Konsequenzen ihres Handelns genau abzuschätzen vermag. In den 1980er-Jahren waren europäische Unternehmen nur in Sonderwirtschaftszonen zu-



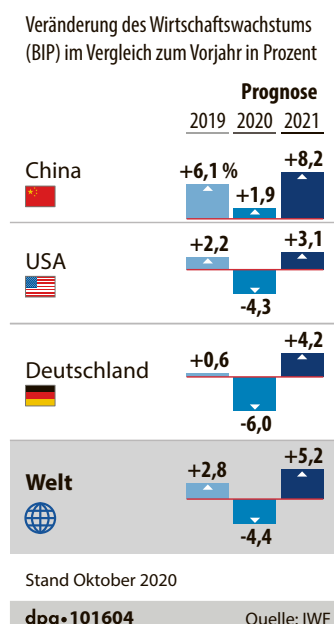
**Eberhard Sandschneider** war von 2003 bis 2016 Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DPAG). Seit 1998 hat er den Lehrstuhl für Politik Chinas und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin inne. Vor seinem Wechsel zur DGAP hatte er das Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin als Geschäftsführender Direktor geleitet und war Dekan des Fachbereichs Politik und Sozialwissenschaften.

gelassen. Als Peking erkannte, es funktioniert, wurden in einem nächsten Schritt ausländische Minderheitsbeteiligungen an chinesischen Unternehmen erlaubt. Mittlerweile sind auch gleichberechtigte Joint-Ventures möglich.

**Stoßen chinesische Unternehmen in der EU auf Hindernisse?**

Es gab heftige Diskussionen um den Einstieg chinesischer Investoren bei Kuka und Daimler. Mittlerweile nimmt die Politik in technologisch sensiblen Bereichen ein Mitsprache-beziehungsweise Vetorecht für sich in Anspruch. Insofern ist die Kritik Chinas an Marktzugangsbeschrän-

## Konjunkturaussichten



kungen seitens der EU nicht unberechtigt. Chinesische Investitionen in Deutschland sind ja auch deutlich zurückgegangen.

**Die EU will den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens auch davon abhängig machen, dass Peking sich zu einer stärkeren Beachtung von Menschenrechten verpflichtet. Geht Peking darauf ein?**

Das Junktim funktioniert nicht. Man muss klar sehen, die Regierung in Peking verletzt Menschenrechte nicht, weil es ihr Spaß macht. Ihr geht es vor allem um politische Stabilität und Souveränität. Wegen der EU wird Peking seine Prioritäten nicht ändern.

**Kann sich die EU den Verzicht auf ein Abkommen leisten?**

Nein, auch wenn die EU sagt, sie will kein Abkommen um jeden Preis und auf Fortschritte beim Thema Menschenrechte drängt. Die EU ist längst nicht mehr die dominierende Kraft. Sie verliert zunehmend an Gewicht – politisch und wirtschaftlich. China wird dagegen wirt-

schaftlich und politisch ein immer größerer Brocken.

**Die Welthandelsorganisation hat die Zölle der USA auf chinesische Waren für illegal erklärt. Wird Washington die Sanktionen wieder aufheben?**

Sollte Trump wieder gewählt werden, sicher nicht. Der US-Präsident hat in den vergangenen vier Jahren konsequent multilaterale Strukturen zerstört. Insbesondere die Welthandelsorganisation ist die Leidtragende seiner Politik.

**Ist es vorstellbar, dass die USA und die EU sich auf eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber China verständigen?**

Davon träumen die Transatlantiker. Doch Trump kritisiert ja nicht nur China, sondern auch die EU und Deutschland wegen hoher Handelsbilanzüberschüsse mit den USA. Auf eine gemeinsame China-Politik werden sich die USA und die EU kaum einigen.

**Während die westlichen Industriestaaten tief in die Rezession stecken, wird Chinas Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr vermutlich um zwei und im kommenden Jahr um acht Prozent zulegen. Wie erklärt sich die wirtschaftliche Dynamik im Reich der Mitte?**

Peking hat einen radikalen Lockdown durchgesetzt, ohne irgendwelche Debatten aufkommen zu lassen. Während in Deutschland eine Kakophonie von Maßnahmen und Vorschlägen diskutiert wird, weisen chinesische Gesprächspartner inzwischen mit Vehemenz auf die Überlegenheit eines autokratisch regierten Staates hin.

**China will die USA als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen. Wird das Land mit steigendem Wohlstand auch demokratischer?**

Klar gibt es Ausnahmen. Doch viele chinesische Bürger sind mit ihrer Regierung und dem politischen System zufrieden, solange es wachsenden Wohlstand garantiert.

Interview: Jörg Billina

## IN KÜRZE

### Jeder fünfte im Niedriglohnsektor

In Deutschland hat im Frühjahr 2018 gut jeder fünfte abhängig Beschäftigte für einen Niedriglohn gearbeitet. Damit wurden rund acht Millionen Jobs unterhalb der Schwelle von 11,05 Euro brutto pro Stunde entlohnt, wie das Statistische Bundesamt berichtete. Das waren fast 400 000 Niedriglohn-Jobs mehr als vier Jahre zuvor. Besonders verbreitet sind niedrige Stundenlöhne im Handel und im Gastgewerbe. Im Handel liegen 29 Prozent der Jobs unter der Niedriglohnschwelle, im Gastgewerbe sind es sogar gut zwei Drittel (67 Prozent). In Hotels und Gaststätten betrug der mittlere Stundenlohn 10,00 Euro brutto, womit die Branche das Schlusslicht der deutschen Wirtschaft darstellt. Die höchsten mittleren Stundenverdienste gab es mit 27,18 Euro in der Energiewirtschaft.

### Anbau von Soja nimmt weltweit zu

Die weltweite Anbaufläche für Soja hat in den vergangenen 15 Jahren um mehr als ein Drittel zugenommen. Im Gegensatz dazu sind die Soja-Importe Deutschlands insgesamt rückläufig – während die Fläche, auf der hierzulande Soja wächst, sich seit 2016



Soja-Pflanzen kommen oft als Tierfutter zum Einsatz.

mehr als verdoppelt hat. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor. Der Soja-Anbau und -import, etwa für Tierfutter oder auch für Bio-Kraftstoff, ist unter Umweltsichtspunkten umstritten, weil dafür zum Beispiel im Amazonas-Gebiet Wälder gerodet werden.

## BÖRSE

### Dax rutscht ab – Conti meldet Verlust

Der Rückschlag am deutschen Aktienmarkt hat sich am Mittwoch fortgesetzt. Börsianer verwiesen auf einige enttäuschende Unternehmenszahlen und negative Analystenkommentare. Kurz vor Handelsschluss in Frankfurt fiel auch die Wall Street in den roten Bereich, was die Abwärtsbewegung im Dax beschleunigte. Zum Schluss stand im deutschen Leitindex ein Minus von 1,41 Prozent auf 12 557,64 Punkte zu Buche. Einer der größten Favoriten im Dax war Continental mit einem Kursplus von mehr als zwei Prozent. Conti-Papiere profitierten von einer Kaufempfehlung der Investmentbank HSBC. Nach Börsenschluss teilte der Konzern allerdings überraschend mit, dass Wertminderungen und Kosten für das Sparprogramm im dritten Quartal mit gut 1,3 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Conti rechnet daher trotz besserer Geschäfte mit einem Verlust. Am Rentenmarkt stieg die Umlaufrendite von minus 0,63 am Vortag auf minus 0,59 Prozent.



### BER für Dienstreisen eröffnet

Der Bundespräsident, die Kanzlerin und ihr Kabinett brechen ab sofort vom neuen Hauptstadtflughafen BER zu Dienstreisen auf. Mit der Ankunft von Agrarministerin Julia Klöckner, die gestern früh vom EU-Agrarministertreffen in Luxemburg zurückkehrte, wurde das neue Regierungsterminal in Schönefeld bei Berlin in Betrieb genommen. Dort werden nun auch die Gäste der Bundesregierung aus dem Ausland empfangen. Wann der erste kommt, ist aber noch unklar. We-

gen der Corona-Pandemie haben auch Spitzenpolitiker weltweit ihre Reisen stark eingeschränkt. Der Eröffnungstermin für den gesamten Flughafen ist erst für nächste Woche geplant. Am 31. Oktober soll der BER als Deutschlands drittgrößter Flughafen mit neun Jahren Verspätung in Betrieb genommen werden. Sechs Eröffnungstermine sind in diesem Zeitraum geplant, die Kosten sind auf mindestens sechs Milliarden Euro gestiegen – drei Mal so viel wie geplant.

### Über bietet BMW und Daimler eine Milliarde

München – Der amerikanische Taxi- und Mobilitätsdienst Uber bietet weit mehr als eine Milliarde Euro für das Joint-Venture FreeNow der Autohersteller BMW und Daimler. Uber wolle den Partnern jeweils einen hohen dreistelligen Millionenbetrag zahlen, berichtet das Manager Magazin und beruft sich auf Branchenkreise. Die Entscheidung über einen Verkauf sei aber noch nicht gefallen. Daimler-Chef Ola Källenius wolle das unprofitable Gemeinschaftsunternehmen verkaufen, heißt es. BMW zögere aber noch. BMW-Vorstandschef Oliver Zipse sehe die Gefahr, den Amerikanern so den Weg auf den europäischen Markt freizuräumen. Zuvor hatte BMW seine Zahlen für das abgelaufene Quartal veröffentlicht. Zwischen Juli und Ende September habe der Konzern im Kerngeschäft mit dem Autobau einen Zufluss von 3,07 Milliarden Euro verzeichnet (Vorjahr: 714 Millionen Euro). Damit übertraf der Konzern die Markterwartung. mmm, dpa

### Cum-Ex: Berater verklagt auf Schadenersatz

Stuttgart – Der Insolvenzverwalter der Maple Bank hat die Wirtschaftsprüfer von EY wegen angeblich falscher Beratung bei den umstrittenen „Cum-Ex“-Geschäften zu Lasten der Staatskasse auf 195 Millionen Euro Schadenersatz verklagt. Eine Spezialkammer für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer-Haftung des Landgerichts Stuttgart verhandelte den Fall am Mittwoch, wie eine Gerichtssprecherin sagte. Zunächst habe der Insolvenzverwalter in der Klage aus dem Dezember 2019 die Schadenersatzforderung noch auf 95 Millionen Euro beziffert. Bei „Cum-Ex“-Geschäften ließen sich Anleger die einmal gezahlte Kapitalertragsteuer auf Aktiendividenden mit Hilfe von Banken mehrfach erstatten. Dazu wurden rund um den Dividendenstichtag Aktien mit („cum“) und ohne („ex“) Ausschüttungsanspruch zwischen mehreren Beteiligten hin- und hergeschoben. Finanzämter erstatteten Kapitalertragsteuern, die gar nicht gezahlt worden waren. dpa

### DIHK will sich vorerst nicht mehr äußern

Berlin – Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) will sich vorerst nicht mehr in der Öffentlichkeit äußern. Es werde bis auf Weiteres keine Pressekonferenzen, Live-Interviews, Pressemitteilungen, Pressegespräche und Podiumsdiskussionen geben, hieß es in einem Schreiben an die Industrie- und Handelskammern. Vergangene Woche hatte das Bundesverwaltungsgericht Leipzig den Austritt der IHK Nord Westfalen aus dem DIHK angeordnet. Grund waren Äußerungen des DIHK außerhalb seines Kompetenzbereichs zu politischen Themen sowie einseitige zu Fragen der Umwelt- und Klimapolitik. Den Bayerischen Industrie- und Handelskammertag (BIHK) betrifft das Urteil eigenen Angaben zufolge nicht. „Der BIHK wird sich weiterhin öffentlich faktenbasiert zu Themen äußern, bei denen Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft offensichtlich sind“, erklärte BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. Grundlage dafür sei das IHK-Gesetz. dpa/mmm